



Bundesministerin für Frauen,  
Familie, Jugend und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie,  
Jugend und Integration

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.369.317

Wien, am 19. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. Mai 2021 unter der Nr. **6767/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zwangsheirat in Österreich – Folgeanfrage“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 5:**

1. *Inwieweit und in welcher Form wurde das bestehende Beratungsangebot wie angekündigt ausgebaut? (Bitte um Auflistung nach Bundesländern und Bezirken).*
2. *Wie ist der Stand in Bezug auf die geplante Anlaufstelle im Westen Österreichs?*
3. *Gab es Gespräche mit in Frage kommenden Bundesländern?*
  - a. *Wenn nein, warum nicht?*
  - b. *Wenn ja, wer wird als betreuende Stelle in Betracht gezogen?*
4. *Wie sieht es bezüglich der Finanzierung aus?*
5. *Wie lange wird es noch dauern, bis die Anlaufstelle im Westen ihre Arbeit aufnehmen kann?*

Als ein wesentliches Ergebnis des Gewaltschutzgipfels, der am 23. und 24. November 2020 gemeinsam mit dem Bundesminister für Inneres stattgefunden hat, wird eine Anlaufstelle im Westen Österreichs für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und Frauen eingerichtet.

Um bereits vorhandene Ressourcen bestmöglich zu nutzen, das neue Beratungsangebot niederschwellig wahrnehmbar zu gestalten und damit auch die Zielgruppenerreichung sicherzustellen, ist das Angebot bei der Beratungsstelle für Frauen mit Migrationshintergrund „Frauen aus allen Ländern“ in Innsbruck in Aussicht genommen. Zum Zeitpunkt der Anfragestellung war die Förderentscheidung noch nicht rechtswirksam.

i.V. Mag. Karoline Edtstadler

